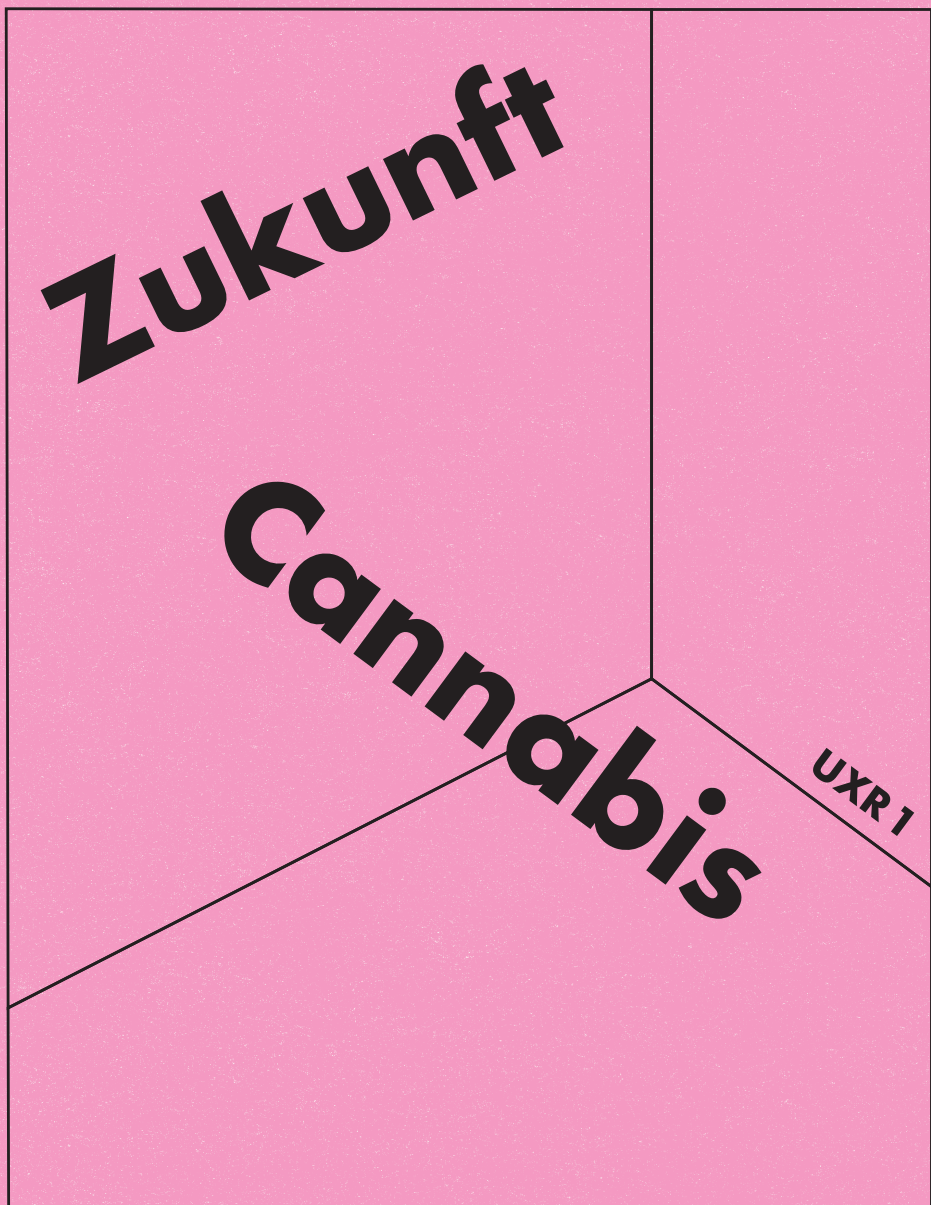




Florian Elliker und Niklaus Reichle

Zukunft Cannabis

Florian Elliker und Niklaus Reichle

mit Beiträgen von
Toni Berthel,
Matías Dewey,
Henning Schmidt-Semisch
und Caspar Hirschi

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Keine Menschheit ohne Rausch und psychoaktive Substanzen	
1 Einleitung	13
2 Cannabis im Alltag, Cannabis im Wandel	27
Hidden in Plain Sight: Cannabis im Alltag	27
Wissen als Entscheidungsgrundlage: zur erhöhten Komplexität bei einer Abschaffung des Cannabisverbots	31
3 Cannabis gesellschaftsrelevant erforschen	39
Cannabis in der Schweiz: existierende Alltagsrealität und Pilotversuche	41
Cannabis in Deutschland: Club-Anbau und regionale Modellprojekte	48
Expert:innen als «Honest Brokers» in der Drogenpolitik. Zu den praktischen Herausforderungen eines attraktiven Rollenentwurfs	55
4 Was ist zu untersuchen? – Forschungsfelder und -perspektiven	71
Cannabis als soziales und kulturelles Phänomen	72
Erlebnisqualität, Konsummotivation und Konsumkarrieren	75
Die Handlungspraxis des Cannabiskonsumierens	78
Lebenswelt, Lebensstil und gesellschaftliche Lage der Konsumierenden	79
Produktion und Handel	81
Populärkultur, Medienberichterstattung und Diskurse	86
Gesellschaftliche Akteur:innen und Institutionen der Regelung	88
Hanf als Kulturpflanze	90
5 Mehr Realitätsbezug, mehr Unabhängigkeit, mehr Mut	91
Literatur	96
Anhang	99
Zum Verhältnis von Forschungsagenda und Forschungskonzept	
Autoren	102
Impressum	104

*Expert:innen als «Honest Brokers» in der Drogenpolitik.
Zu den praktischen Herausforderungen eines attraktiven
Rollenentwurfs*
Caspar Hirschi

Drogen sind politisch gesehen die nächsten Verwandten der Wölfe. Sie gehören zu einer Gattung von politischen Problemen, die nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung direkt betreffen, eine grosse Mehrheit aber umso stärker umtreibt. Die intensive Anteilnahme geht einher mit starken Meinungen, wie mit dem Problem umzugehen sei. Und diese gehen weit auseinander. Drogen und Wölfe können demokratische Gesellschaften in unversöhnliche Lager spalten. Obwohl es sich um völlig unterschiedliche Problemzusammenhänge mit anderen Schadenspotentialen handelt, verläuft die Spaltung entlang der gleichen Achse: Sie reicht von repressiven bis zu liberalen Einstellungen. Am einen Extrem steht der Wunsch, Drogen zu verbieten und Wölfe auszurotten, am anderen Extrem das Anliegen, Drogen zu legalisieren und Wölfe leben zu lassen. Das eine Lager wertet die Sicherheit am höchsten, das andere die Freiheit. Kompromisse sind für beide Seiten kaum denkbar.

Der amerikanische Politikwissenschaftler Roger Pielke (2007) hat für diese Problemgattung unter Rückgriff auf ein anderes, in den Vereinigten Staaten besonders umkämpftes Thema den Begriff «Abortion Politics» geprägt. «Abtreibungspolitik» zeichnet sich dadurch aus, dass im betreffenden Handlungsfeld ein Dilemma gesellschaftlicher Leitwerte besteht, die breit geteilt werden. Kaum jemand ist grundsätzlich gegen den Schutz des menschlichen und wölfischen Lebens, gegen die Selbstbestimmung von Frauen, gegen das Recht von Nutztieren auf einen schnellen und

schmerzlosen Tod, gegen eine Gesellschaft mit möglichst wenigen Suchtkranken und Drogentoten usw. Der gesellschaftliche Dissens entzündet sich faktisch nur an der Gewichtung der Leitwerte und den daraus abgeleiteten Massnahmen, zwischen denen ein Widerstreit besteht, nicht an ihrem Geltungsanspruch an sich. Allerdings wird der Dissens in der politischen Auseinandersetzung gerade so ausgetragen, als bestehe kein Werteprioritätsstreit, sondern ein fundamentaler Wertekonflikt. Dazu genügt es, dass die Streitparteien ihre eigenen Werteprioritäten absolut setzen, der Gegenseite den Willen zur Vernichtung der eigenen Werte unterstellen und damit die moralische Legitimation absprechen. So manövrieren sich beide Seiten in die paradoxe Situation, mit einer gegnerischen Partei im Dauerstreit zu liegen, die sie des Streits nicht würdig erachten. Entsprechend verlockend ist es, nur noch die eigene Echo-kammer zu beschallen, während der Kommunikationsfaden zur Gegenseite längst zerschnitten ist. Abtreibungspolitik entspricht damit einer Austragung von Wertekonflikten, wie sie der Soziologe Wolfgang van den Daele (2008) beschrieben hat: Es geht scheinbar um Alles oder Nichts, die Idee eines Kompromisses wirkt anrühlich, und der eigene Standpunkt gilt als unverrückbar. Anders als Interessenskonflikte, die meist teilbar bleiben, haben Wertekonflikte, gerade weil sie als respektablere und damit höhere Form der politischen Auseinandersetzung gelten, eine Tendenz zur Polarisierung.

Pielkes Interesse für Abtreibungspolitik gilt der Rolle der wissenschaftlichen Expertise in diesen Auseinandersetzungen. Ihm zufolge kann die Wissenschaft blockierte Wertekonflikte nicht durch Versachlichung entschärfen. Vielmehr erhöhe ihr Einbezug das Risiko einer weiteren Eskalation.

Voraussetzung für eine befriedende Funktion der Wissenschaft wäre, dass sich die Streitparteien auf eine gemeinsame Faktenbasis verständigten. Dafür bräuchte es jedoch bereits einen Wertekonsens, welche Sachverhalte für legitime Entscheidungen im umstrittenen Handlungsfeld relevant wären. Genau dieser Konsens fehlt jedoch in den meisten Fällen. Wolfsgegner:innen stützen sich auf Statistiken von getöteten Nutztieren und «exponentiell» wachsenden Wolfspopulationen, Wolfsfreund:innen auf Zahlen zu fehlendem Herdenschutz und anderen Todesursachen von Nutztieren. Für Abtreibungsgegner:innen sind wissenschaftliche Angaben zum Beginn von Lebenszeichen eines Fötus zentral, für Abtreibungsbefürworter:innen Studien zu den gesundheitlichen und sozialen Folgen ungewollter Schwangerschaften. Anhänger:innen einer repressiven Drogenpolitik mobilisieren Expertise zu Suchtrisiken, Gesundheitsschäden und Todeszahlen von Abhängigen, Verfechter:innen einer liberalen Drogenpolitik bemühen Forschung zu den Kosten des Drogenkriegs und den sozialen Folgen der Kriminalisierung. Wissenschaftliche Argumente dienen hier nicht, um Max Weber zu zitieren, als «Pflugscharen zur Lockerung des Erdreiches des kontemplativen Denkens», sondern vielmehr «Schwerter gegen die Gegner: Kampfmittel» (Weber 2002 [1919], S. 497).

Wird ein blockierter Wertekonflikt mit den Waffen der wissenschaftlichen Expertise aufmunitioniert, nimmt er Züge eines «Wissenskonfliktes» an. Anders als innerhalb des wissenschaftlichen Systems selbst, wo Wissenskonflikte die dominante Form des Streites sind und durch breit akzeptierte Kriterien, Methoden und Verfahren in ihrem Eskalationspotential eingehegt werden können, verschärfen sie im politischen Raum die Polarisierungs- und Hierarchisierungs-

effekte von Wertekonflikten. Die Einstellung, die andere Seite besitze keine Legitimität zur Teilhabe an der Auseinandersetzung, erhält einen zusätzlichen epistemologischen Boden. Gegner:innen verwandeln sich in «Leugner» und «Idioten», der eigene Kampf wird als Feldzug der Wahrheit gegen «Fake News» gerahmt, und die angebliche Stimme «der» Wissenschaft wird gegenüber anderen Stimmen stark privilegiert. Insofern sind Wissenskonflikte, die aus blockierten Wertekonflikten hervorgehen, etwa gleich weit entfernt vom Ideal der deliberativen Demokratie, wonach die meinungspluralistisch begründete Debatte den politischen Entscheidungsprozess legitimiert, wie vom Ideal der partizipativen Demokratie, wonach die freie und gleiche Teilhabe am politischen Prozess zu legitimen Entscheidungen führt. Mit wissenschaftlicher Expertise geführte Wissenskonflikte treiben damit jenen Prozess an, den der Soziologe Alexander Bogner als «Epistemisierung des Politischen» bezeichnet und als Bedrohung für die Demokratie sieht (Bogner 2021).

Für Pielke ist die Einsicht in die Funktionsweise politischer Konflikte deshalb zentral, weil sie Forschenden Anhaltspunkte gibt, was sie als Expert:innen ausrichten können und worauf sie sich gefasst machen müssen. Die klassische Rolle für wissenschaftliche Fachleute in Kontroversen nach dem Muster der Abtreibungspolitik ist jene des «Issue Advocate». Will man den Begriff im Deutschen wiedergeben, wäre «Anwalt» ein zu schwaches und «Aktivist» ein zu starkes Wort. Besser passt die – gewöhnungsbedürftige – Bezeichnung «Problem-Verfechter». Forschende in dieser Rolle verfolgen eine bestimmte politische Agenda mit wissenschaftlichen Mitteln. Sie beziehen ihre öffentliche Legitimation aus dem Umstand, dass viele Probleme moderner Gesellschaften (Ozonloch, Feinstaub, Umweltverschmutzung, Klimawandel

usw.) erst durch wissenschaftliche Forschung und Expertise in den politischen Wahrnehmungshorizont treten können. Ihr Handlungsstrategie besteht darin, sich mit Parteien oder Bewegungen, die ihre Problemstellungen ernst nehmen und Werteprioritäten teilen, zu verbünden. Dabei nutzen sie verschiedene Bühnen, um ihre Anliegen zu verfolgen, von Massenmedien über Kundgebungen und Protestaktionen bis zu Beratungsgremien und Gutachten. Die Mobilisierung von politischer Unterstützung ist Teil ihrer Mission.

«Issue Advocates» befördern damit das wissenschaftliche Wettüben in politischen Wertekonflikten. Zusätzlich konfliktverschärfend kann ihr Einsatz wirken, wenn sie ihre Parteinahme hinter der Fassade einer vermeintlich neutralen Wissenschaft verbergen und als das auftreten, was Pielke in Analogie zu Tarnkappenbomben «Stealth Issue Advocates» nennt (Pielke 2007, S. 9). Getarnte Problem-Verfechter verstecken sich gerne hinter einem verkürzten, linearen Verständnis der wissenschaftlichen Politikberatung, wonach es eine direkte und logisch schlüssige Handlungskette von der Entdeckung wissenschaftlicher Tatsachen bis zur Umsetzung politischer Entscheidungen gibt und die Kernaufgabe wissenschaftlicher Expertise darin besteht, der Politik den Weg zur Lösung von Problemen zu weisen. Die politische Entscheidungssituation erscheint aus der Sicht von Problem-Verfechtern stets binär als Wahl zwischen dem Wahren und Falschen, dem Guten und Bösen: Schutz oder Abschuss von Wölfen, Erlaubnis oder Verbot von Abtreibungen, Legalisierung oder Repression von Drogen, Klimaschutz oder Klimakatastrophe.

Hier setzt Pielke mit seinem Gegenentwurf des «Honest Broker of Policy Alternatives» an. Anders als Issue Advocates verzichten «ehrliche Vermittler von politischen Alternativen» auf jede Parteinahme und heben damit ihre wissenschaftliche

Beratung von der Lobbyarbeit der Interessengruppen ab. Ihre Funktion besteht für Pielke in der Erweiterung der politischen Entscheidungsmöglichkeiten. Sie suchen den direkten Austausch mit Personen aus der Politik, um in schwierigen Entscheidungssituationen mit den Instrumenten der Wissenschaft zu vermitteln. Dazu beziehen sie eine Position der epistemischen Bescheidenheit, indem sie den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Gewissheit und Ungewissheit in ihrem Fachgebiet darlegen sowie die zwangsläufigen Wertimplikationen ihrer Befunde transparent machen. Auf dieser Basis entwickeln sie wissenschaftlich fundierte Ereignisszenarien, die sie mit verschiedenen Handlungsoptionen kombinieren, wobei sie deren Chancen, Risiken und Unwägbarkeiten ausarbeiten. «Honest Brokers» verzichten demnach konsequent auf Empfehlungen. Damit gewährleisten sie, dass die Wahl, Begründung und Verantwortung einer bestimmten Entscheidungsoption allein Sache der politischen Parteien sei. Insofern respektieren sie sowohl das demokratische Prinzip, dass die Macht zur Entscheidungsfindung bei gewählten Repräsentanten liegt, als auch das wissenschaftliche Prinzip, dass sich von epistemischer Kompetenz im Feld der Fakten keine normative Kompetenz im Feld der Politik ableiten lässt. David Humes «Guillotine» schneidet der Wissenschaft von heute noch immer den politischen Mitspracheanspruch ab – in den Worten der Wissenschaftsphilosophin Heather Douglas: “Science cannot tell us what we should do – it provides the best empirical claims available with which to make decisions, but it cannot provide the normative claims with which to proceed” (Douglas 2021, S. 70–71).

Können ehrliche Vermittler:innen damit jene wissenschaftlichen «Pflugscharen zur Lockerung des Erdreiches»

in verhärteten Wertekonflikten beisteuern, die Max Weber in politischen Auseinandersetzungen für ausgeschlossen hielt? Auf den ersten Blick scheint die Rolle eher zugeschnitten auf Situationen der Krisenpolitik, in denen Regierungen bei mangelhafter Informationslage und beträchtlicher Eskalationsgefahr rasch Entscheidungen treffen müssen. Realistische Ereignisszenarien und gangbare Handlungsoptionen sind unter diesen Bedingungen Voraussetzung für eine einigermaßen rationale Reaktion. Entsprechend gehört das Entwickeln von Szenarien und Abwägen von Optionen zu den Routineoperationen von Krisenstäben in Regierungen, Armeen und Grossunternehmen. Ebenso dürfte die politische Akzeptanz einer unparteiischen Expertise, die mit einer wissenschaftlichen Auslegeordnung den politischen Entscheidungsraum vergrössert, in Situationen der unsicherheitsbedingten Offenheit ungleich grösser sein als bei einem festgefahrenen Fundamentalstreit.

Was «Honest Brokerage» als wissensbasierte Konfliktentschärfung in Situationen der Abtreibungspolitik verspricht, lässt sich am ehesten ex negativo anhand konkreter Fallbeispiele aufzeigen, in denen «Issue Advocacy» gegen die Absicht der Involvierten zusätzlich konfliktverschärfend gewirkt hat. Im Feld der Drogenpolitik eignet sich dazu eine Episode, die sich 2009 in Grossbritannien zugetragen hat. In ihrem Zentrum steht der Psychopharmakologe David Nutt. Nutt war nur ein Jahr zuvor vom einfachen Mitglied des parlamentarischen «Advisory Council on the Misuse of Drugs» zum Präsidenten des Beratungsgremiums befördert worden, nachdem er im Stile eines «Stealth Issue Advocates» bei Abgeordneten der Labour Partei für eine Neuklassifikation von Drogen nach streng wissenschaftlichen Kriterien geworben hatte (Hirschi 2018, S. 33–34). Die Forschungs-

grundlage dafür hatte Nutt selbst 2007 mit einem Aufsatz im medizinischen Fachjournal *The Lancet* gelegt. Die Studie enthielt eine Grafik zur Gefährlichkeit von legalen und illegalen Drogen, die bald darauf in den Massenmedien die Runde machte (Nutt et al. 2007). Während sich Journalist:innen vor allem dafür interessierten, dass die grafische Tabelle Alkohol und Tabak als gefährlicher taxierte als viele verbotene Substanzen (darunter drei der höchsten Gefährdungsklasse), ging es Nutt um das Abbild eines weitgehend fehlenden Zusammenhangs zwischen der offiziellen Gefährdungsklasse und der tatsächlichen Gefährlichkeit illegaler Rauschmittel. Daraus leitete er einen hohen Handlungsdruck ab, das geltende System der Drogenklassifikation umfassend zu reformieren.

Nutt handelte schon an diesem Punkt als «Stealth Issue Advocate». Er setzte die Befunde seiner Studie mit dem Standpunkt «der» Wissenschaft gleich und vertrat das lineare Modell der wissenschaftlichen Politikberatung, indem er die politische Umsetzung seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse forderte. Wie wacklig dieses Handlungsgerüst jedoch war, zeigte sich schon daran, dass Nutt in den folgenden Jahren die wissenschaftliche Tabelle mehrmals modifizierte, bis Alkohol ganz an der Spitze stand, und Zeitungen die Schlagzeile setzen konnten: “Alcohol more harmful than heroin” (Hirschi 2018, S. 34). Nutts Kombination verschiedener Gefährdungsfaktoren liess eine beträchtliche Manipulation bei der Modellierung zu. Zusätzlich verzerrend wirkten Kriterien wie «gesellschaftlicher Schaden», der bei legalen Substanzen mit hoher Verbreitung signifikant höher ausfallen muss als bei illegalen mit schwacher Verbreitung. Die wissenschaftliche Basis für eine Neuklassifikation war damit gar nicht stabil, wobei die Dynamik weniger durch neue Erkenntnisse oder

komplettere Daten als durch die versteckte normative Ausrichtung von Nutts Issue Advocacy getrieben schien.

Ein weiteres Problem war, dass Nutts Ansatz gar keine Aussicht hatte, konsequent umgesetzt zu werden. Niemand wagte auch nur daran zu denken, Alkohol für illegal zu erklären, geschweige denn direkt der höchsten Gefährdungsklasse zuzuordnen. Insofern liess seine Tabelle nur einen Schluss zu: Drogenpolitik ist aus historisch-habituellen Gründen zwangsläufig unwissenschaftlich! Wäre man von dieser Prämisse ausgegangen, hätte man explizit machen können, dass die Unterteilung von legalen und illegalen Substanzen deshalb eine hohe Stabilität aufweist, weil sie nicht wissenschaftlich, sondern habituell begründet ist. Daraus wiederum hätte man einen legitimen Anspruch ableiten können, sich nur auf eine Neuklassifikation illegaler Substanzen zu beschränken. Weil dies nicht geschah, wirkte der Eingriff aber seinerseits willkürlich, und er tat es noch mehr infolge von Nutts Entscheidung in seiner Funktion als Präsident des Advisory Council, der britischen Regierung vorerst nur die moderate Abstufung einer einzelnen Droge, Ecstasy, vorzuschlagen. Dadurch drehte sich die politische Diskussion nicht mehr um die Reform des Klassifikationssystems, sondern um die Einstufung von Ecstasy, wobei die Anhänger:innen einer repressiven Drogenpolitik leichtes Spiel hatten, Nutt unter Berufung auf eigene Sachverständige als verkappten Vorkämpfer für die Dekriminalisierung von Drogen hinzustellen. Aus der realen Willkür bei der Übertragung wissenschaftlicher Befunde in politische Handlungsanleitungen wurde so in den Augen der Gegenseite ein fester Plan zur gross angelegten Legalisierung.

Zum Verhängnis wurde Nutt jedoch, dass die Gesundheitsministerin Jacqui Smith aufgrund schlechter Belieb-

heitswerte der Regierung kalte Füße bekam, zumal eine öffentliche Umfrage zur Drogenpolitik eine breit abgestützte Präferenz der Bevölkerung für eine strenge Klassifikation anzeigte. Noch bevor Nutt sein Amt angetreten hatte, hob Smith Cannabis gegen den Rat des Advisory Council von der C-Klasse in die B-Klasse. Die Empfehlung zu Ecstasy schlug sie wenig später ebenso in den Wind, wobei sie ihren Entscheid im Unterhaus mit dem Werteargument begründete, sie lasse lieber Vorsicht walten und orientiere sich an der öffentlichen Wahrnehmung (Hirschi 2018, S. 41). Damit hatte Nutt kurz nach seiner Wahl zum Präsidenten des wissenschaftlichen Beratungsgremiums den politischen Support der Labour Party verloren, die ihn als «Issue Advocate» in dieses Amt gehievt hatte.

Nutt verzichtete in dieser misslichen Situation darauf, seine Rolle zu überdenken. Stattdessen richtete er sie neu aus, indem er als offizieller Regierungsexperte versuchte, eine mediale Kampagne gegen die Regierungspolitik zu starten. Dazu setzte er sich zum Ziel, die statistische Aufklärung der Bevölkerung über die relative Schädlichkeit legaler und illegaler Substanzen voranzutreiben und eine öffentliche Debatte über die rechtliche Klassifikation von Drogen zu führen. Mit diesem Vorgehen wollte er auch die Frage klären: “Who do the public trust more – the experts or the politicians?” (Nutt 2009, S. 11). Das Experiment war zum Scheitern verurteilt, bevor es begonnen hatte. Das Gesundheitsministerium nahm bereits die Ankündigung der Kampagne zum Anlass, um Nutt zum sofortigen Rücktritt aus dem Advisory Council aufzufordern. Nachdem er der Aufforderung postwendend Folge geleistet hatte, entbrannte in den Medien statt der gewünschten Debatte über die Schädlichkeit von Drogen eine Kontroverse über die Re-

geln der wissenschaftlichen Politikberatung, aus der keine neuen Einsichten gewonnen wurden und alle Beteiligten als Verlierer:innen hervorgingen.

Wie hätte sich diese Episode entfalten können, wenn Nutt anstatt der Rolle des «Issue Advocate» jene des «Honest Broker of Policy Alternatives» gewählt hätte? Einen Anhaltspunkt gab er selbst, als er die Resultate der öffentlichen Umfrage analysierte, die Gesundheitsministerin Jacqui Smith zum Anlass für ihre repressive Haltung zu Cannabis nahm. Nutt zufolge enthielten die Ergebnisse einen aufschlussreichen Widerspruch. Zum einen wünschten 58 Prozent in der Frage der Gefährdungsklasse von Cannabis eine Aufwertung und 32 Prozent sogar eine Einstufung in die A-Klasse, während nur 18 Prozent den Status Quo beibehalten und 11 Prozent Cannabis legalisieren wollten. Als sie jedoch zum Strafmass für Cannabis-Besitz Stellung nahmen, votierten 41 Prozent für die C-Klasse, 27 Prozent wollten gar keine Strafe und bloss 24 Prozent wünschten eine Erhöhung in die B- und A-Klasse. Nutt kommentierte das Ergebnis mit den Worten:

“What you see here is an interesting ambivalence in the public mind: they want cannabis to be illegal (presumably because they think it is harmful, they want it class A or B) but they don’t want the penalties to be increased. If anything, many of them want the penalties abolished. It seemed to us that what the public appear to want is deterrence – they don’t want punishment; they want to scare people off cannabis use but they don’t want to punish them for using it.” (Nutt 2009, S. 5)

Nutt stellte hier eine überzeugende sozialwissenschaftliche Hypothese auf, machte aber nie Anstalten, sie in seine Überlegungen zur wissenschaftlichen Politikberatung des

Advisory Council einzubeziehen. Was er hier skizzierte, war eine alternative Rationalität zu seinem linearen Modell, die nicht weniger schlüssig scheint. Ein signifikanter Teil der Befragten hatte dem Klassifikationssystem die inoffizielle Funktion eines Präventionsinstrumentes zugeschrieben, das Menschen vom Cannabiskonsum abschrecken, die Konsumierenden selbst aber nicht hart bestrafen sollte. Hätte Nutt nicht seine eigene, uneingestandene Wertepriorität eines konsumfreundlichen Risiko-Rationalismus, sondern die Präferenzen der Befragten als Grundlage gewählt, wäre ihm die Rolle des ehrlichen Vermittlers von politischen Alternativen offen gestanden: Der Advisory Council hätte eine Reihe möglicher Massnahmen von Bürgergesprächen bis zu Präventionskampagnen aufzeigen können, um der Politik die Gelegenheit zu geben, den divergierenden Anliegen aus der Bevölkerung besser Rechnung zu tragen als über die hergebrachte Kopplung der wissenschaftlichen Gefährdungsklasse mit dem gesetzlichen Strafmass. Dafür hätte das Gremium nicht an der wissenschaftlichen Einordnung verschiedener Drogen, sondern am Klassifikationssystem selbst rütteln müssen.

Allerdings werden an diesem Beispiel auch die Grenzen der «Honest Broker»-Rolle sichtbar. Blockierte Wertekonflikte lassen sich kaum durch eine Erweiterung politischer Entscheidungsmöglichkeiten mit Hilfe von Expertise aufbrechen. Roger Pielke vertritt in gewisser Weise eine differenziertere Variante des szientistischen Ideals, dass mehr Wissen eine bessere Entscheidungssituation herbeiführt (zu dieser Haltung kritisch u. a. Sarewitz 2004). Dabei besteht das eigentliche Problem häufig darin, dass sich gar keine Entscheidungssituation herbeiführen lässt, die den Wertekonflikt zu überwinden verspricht. So konsequent die von

David Hume abgeleitete Behauptung ist, von wissenschaftlichen Erkenntnissen führe kein logischer Schluss zu politischen Empfehlungen, so trügerisch ist die Annahme, eine politische Entschärfung der wissenschaftlichen Expertise lasse sich bereits bewirken, wenn Beratende auf konkrete Handlungsempfehlungen verzichten und sich stattdessen auf das Formulieren verschiedener Handlungsoptionen bescheiden würden. Die Annahme setzt nämlich einen weitreichenden Konsens der involvierten Akteure über die Gültigkeit der Problemstellung voraus: Es braucht ein Einverständnis über das, was ist, oder zumindest eine Übereinkunft, wie dieses Einverständnis zu erzielen ist, um eine rational abwägende Diskussion über das, was sein soll, führen zu können. Nur so kann wissenschaftliche Expertise im Sinne von Heather Douglas «the best empirical claims available» (siehe oben) bereitstellen, um politische Entscheidungen zu treffen.

Diese Voraussetzung ist jedoch gerade in blockierten Wertekonflikten kaum je erfüllt, weil mehrere Problemstellungen mit konkurrierenden Geltungsansprüchen und kontrastierender Expertise nebeneinander stehen. Es geht also nicht darum, welche Entscheidungsoption gewählt wird, sondern welche Problemstellung sich durchsetzt, und das bedeutet, dass erst ein Kampf um Deutungsmacht ausgetragen und beigelegt werden muss, bevor eine gemeinsame Basis für die Diskussion von Entscheidungsoptionen geschaffen ist.

Der Akt des Problemstellens selbst ist dabei keine rein wissenschaftliche Angelegenheit. Er findet vielmehr als iterativer Prozess an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft statt und ist im Wesentlichen ein Aushandlungsprozess unter Berücksichtigung epistemischer, normativer und politischer Gesichtspunkte. Damit sich Blockaden im Ringen um unvereinbare Problemstellungen lö-

sen, braucht es zunächst eine Öffnung von Handlungsspielräumen auf der Ebene der Konfliktbearbeitung, bevor irgendwelche Lösungsoptionen entwickelt werden. Hier kann es bereits deblockierend wirken, wenn sich der Pool an wissenschaftlichen Fachrichtungen, aus denen Expertise bezogen wird, erweitert. Dieser Schritt kann besonders dann erfolgversprechend sein, wenn sozial- und politikwissenschaftliche Expertise ins Spiel kommt, die sich direkt aus Erkenntnissen der Konfliktforschung speist und damit die Spielregeln der Streitaustragung zu verändern vermag.

In gewisser Weise lässt sich der Prozess, der zu den Pilotversuchen für die Abgabe von Cannabis geführt hat, als eine Suchbewegung hin zu einer gesellschaftlich breiter abgestützten Problemstellung beschreiben, an der sich politische, gesellschaftliche und wissenschaftliche Kräfte unter Einbezug einer vielfältigeren Expertise beteiligen. Eine spezifische Rahmenbedingung hier ist, dass eine mögliche Lösung der Polarisierungsblockade – die teilweise Liberalisierung einer einzelnen Droge mit limitiertem Schädigungspotential – bereits in der Anlage der Problemstellung vorgezeichnet ist. Sie birgt ein gewisses Risiko, schränkt sie doch die Ergebnisoffenheit des Prozesses ein und kann das Vertrauen, welches Gegner dieser Lösung in das Verfahren haben, schmälern. Gleichzeitig deutet sie darauf hin, dass in Bezug auf den Cannabis-Konsum bereits ein signifikanter Wandel von gesellschaftlichen Werteprioritäten stattgefunden hat, und dieser dürfte für den Erfolg des Verfahrens entscheidend sein.

Tatsächlich bedarf es für eine Entspannung blockierter Kontroversen zuerst eines Wertewandels in der Bevölkerung selbst. Dieser lässt sich weder aktiv herbeiführen noch wissenschaftlich steuern, aber er kann unter Umständen moderiert werden. Noch beeindruckender als in der Drogenpolitik

gelang dies jüngst in der Neuausrichtung der irischen Abtreibungspolitik. Der entscheidenden Durchbruch brachte eine intensiv moderierte «Citizens' Assembly» im Jahr 2018, in welcher die polarisierten Meinungskollektive durch moderierte Beratungsverfahren einen Weg aus ihrer Konfliktblockade fanden. Ihre Integration in einen strukturierten Beratungsprozess war dafür ungleich wichtiger als die Simulation von Entscheidungsoptionen auf wissenschaftlicher Basis. Das dafür nötige Rollenideal war entsprechend nicht der ehrliche Vermittler von politischen Alternativen, sondern der sachkundige Moderator eines ergebnisoffenen Prozesses.

Insofern hat heute die wissenschaftliche Begleitung von drogenpolitischen Experimenten, solange sie im Rahmen einer ergebnisoffenen Moderation unter Einbezug aller relevanten Meinungskollektive stattfindet und eine selbstkritische Thematisierung der eigenen Werteprioritäten einschliesst, bessere Erfolgsaussichten auf eine Entspannung der Konfliktlage als jedes vorschnelle Bereitstellen von wissenschaftlich aufbereiteten Entscheidungsoptionen.

Diese Publikation wurde vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstützt.

Der Seismo Verlag wird vom Bundesamt für Kultur für die Jahre 2021–2025 unterstützt.

Die Entwicklung der Reihe «Unexplored Realities» zur Förderung qualitativer Sozialforschung wurde von der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) unterstützt.

Publiziert von Seismo Verlag, Sozialwissenschaften und Gesellschaftsfragen AG,
Zürich und Genf
Zeltweg 27, 8032 Zürich

www.seismoverlag.ch
buch@seismoverlag.ch

Texte © die Autoren, 2025

ISBN 978-3-03777-309-3 (Print)
ISBN 978-3-03777-902-6 (PDF)
<https://doi.org/10.33058/seismo.30902>



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons
Namensnennung – nicht kommerziell – keine Bearbeitung 4.0
international Lizenz (CC BY-NC-ND 4.0).

Gestaltung und Layout: Ronny Hunger, Zürich

Wir befinden uns an einem Wendepunkt: In den nächsten Jahren wird in der Schweiz und Deutschland entschieden, welche Rolle Cannabis in der Gesellschaft künftig zukommt. Wer darf die Pflanze wozu verwenden, wer darf von ihr profitieren?

«Zukunft Cannabis» liefert eine Übersicht über die wichtigsten Fragen, die es für den Wandel des gesellschaftlichen Umgangs mit Cannabis zu beantworten gilt.

Das Buch richtet sich an die interessierte Öffentlichkeit, an Politiker:innen, Journalist:innen und vor allem Sozialwissenschaftler:innen, das unabhängige Wissen, das für einen gelingenden gesellschaftlichen Umgang mit Cannabis dringend benötigt wird, einzufordern, bereitzustellen und zu verwenden.